

Faktenblatt

Volksinitiative vom 21. Februar 2023 «Für eine verantwortungsvolle Wirtschaft innerhalb der planetaren Grenzen (Umweltverantwortungsinitiative)»

Worum geht es in der Initiative?

Die Volksinitiative «Für eine verantwortungsvolle Wirtschaft innerhalb der planetaren Grenzen (Umweltverantwortungsinitiative)» wird von einer Allianz getragen, zu der unter anderem die Jungen Grünen, die GRÜNE, die SP, die Juso, Greenpeace, active-traffic, die Kleinbauern-Vereinigung und 80 Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler gehören. Ihr Ziel ist es, in der Verfassung zu verankern, dass die Natur und ihre Fähigkeit, sich zu regenerieren, die Grenzen sind, die der Volkswirtschaft gesetzt werden.

Die Initiative will, dass Bund und Kantone verpflichtet werden, dafür zu sorgen, dass die wirtschaftlichen Aktivitäten in der Schweiz nicht mehr Ressourcen verbrauchen und nicht mehr Schadstoffe ausstoßen, als die natürlichen Lebensgrundlagen verkraften können. Der Rahmen für die Wirtschaft wird durch die Einhaltung globaler Grenzen wie Klimawandel, Verlust der biologischen Vielfalt, Wasserverbrauch, Landnutzung und Störung biogeochemischer Kreisläufe von Stickstoff und Phosphor definiert. Dies bedeutet insbesondere, dass die durch den helvetischen Konsum verursachten Umweltbelastungen im In- und Ausland reduziert werden müssen. Die Behörden haben eine Frist von zehn Jahren und müssen sicherstellen, dass die Massnahmen und Konsequenzen, die sich aus dem Ziel der Initiative ergeben, sozial akzeptabel sind.

Parlamentarische Debatte und Abstimmung der Mitte-Fraktion

Der Bundesrat schlug dem Parlament vor, die Volksinitiative ohne direkten oder indirekten Gegenvorschlag zur Ablehnung zu empfehlen. Beide Kammern schlossen sich dem Vorschlag des Bundesrates an.

In der Schlussabstimmung nahm der Nationalrat den Vorschlag des Bundesrates (Ablehnung der Initiative) mit 133 zu 61 Stimmen bei 1 Enthaltung an. Die Mitte ist geschlossen in der Mehrheit. Der Ständerat lehnte die Initiative ebenfalls mit 31 zu 11 Stimmen ab. Die Mitte positionierte sich erneut geschlossen in der Mehrheit.

In den Debatten setzten sich sowohl die GRÜNE als auch die SP für die Annahme der Initiative ein. Die Mitte, die FDP, die SVP sowie die GLP waren auf der Gegenseite.

Was die Gegner sagen

Übermäßig restriktive Frist

Die Initiative legt eine besonders strenge Frist fest: zehn Jahre. Eine solche Frist ist nicht nur sehr ehrgeizig, sondern würde die Schweiz vor allem dazu zwingen, im Eiltempo tiefgreifende Reformen durchzuführen, die sehr rigorose Massnahmen beinhalten. Dies wäre ein übereilter Sprung ins Ungewisse mit schwerwiegenden Folgen für Wirtschaft und Gesellschaft.

Schwere Beeinträchtigungen des Wohlstands der Schweiz

Die Folgen der Umsetzung der Initiative würden die Bereiche Ernährung, Landwirtschaft, Energieversorgung, Mobilität, Bekleidung und Wohnen besonders stark betreffen. Auf der Ebene

des Konsums wäre die Bevölkerung mit einem erheblichen Verlust an Angebotsvielfalt konfrontiert und würde auch mit viel höheren Preisen als heute konfrontiert. Durch die radikalen Veränderungen, die die Initiative mit sich bringt, besteht eine grosse Gefahr für die Wirtschaft und die Beschäftigung. Ein weiterer Schaden für den Wohlstand der Schweiz ergibt sich aus der Gefährdung ihrer Wettbewerbsfähigkeit. Unser Land würde dann auf der internationalen Bühne allein dastehen. Für Produkte und Dienstleistungen, die für den Schweizer Markt bestimmt sind, würden nämlich strengere Anforderungen gelten als für solche, die für den ausländischen Markt bestimmt sind.

Bestehende Instrumente sind bereits ausreichend

Die Schweiz verfügt über einen ausreichenden gesetzlichen Rahmen. Die Bundesverfassung enthält bereits den Begriff der nachhaltigen Entwicklung. Darüber hinaus haben der Bundesrat und das Parlament bereits mehrere Ziele festgelegt und Massnahmen ergriffen, um die natürlichen Ressourcen zu erhalten, insbesondere in den Bereichen Kreislaufwirtschaft, Klima- und Agrarpolitik sowie nachhaltige Entwicklung. Daher ist es sinnvoller und effizienter, die laufenden Gesetzgebungs- und Strategieprozesse fortzusetzen.

Was die Befürworter sagen

Dringlichkeit zu handeln

Der derzeitige Kurs ist alarmierend und verheisst sehr negative und möglicherweise unwiederbringliche Folgen für unsere Wirtschaft und Gesellschaft. Es besteht dringender Handlungsbedarf, da mindestens vier der neun planetaren Grenzwerte bereits überschritten sind. Die Zehnjahresfrist ist somit von entscheidender Bedeutung, um zu verhindern, dass ein Punkt ohne Wiederkehr erreicht wird. Je länger es dauert, die notwendigen Massnahmen zur Eindämmung von Umweltschäden zu ergreifen, desto komplizierter und teurer wird es, diese in der Zukunft zu bewältigen.

Verantwortung gegenüber zukünftigen Generationen

Wenn nicht schnell gehandelt wird, wird die zukünftige Generation eine riesige Umweltschuld erben, die durch das Konsumverhalten der heutigen Generation entstanden ist. Die heutige Generation muss ihre Verantwortung wahrnehmen und alles tun, um die Überschreitung der globalen Grenzen aufzuhalten. Die Aussicht, eine Erde zu hinterlassen, auf der die Lebensbedingungen, wie wir sie kennen, nicht mehr gewährleistet werden können, ist inakzeptabel. Die Initiative stellt eine wichtige Hoffnung im Hinblick auf die Gerechtigkeit zwischen den Generationen dar.

Kosten des Nichthandelns höher als die Kosten des Handelns

Es ist eine Illusion zu glauben, dass unsere Gesellschaft und unsere Wirtschaft, deren Wachstum derzeit auf einem intensiven Ressourcenverbrauch und einem hohen Schadstoffausstoss beruht, langfristig so weiter funktionieren können. Sie sind auf die Stabilität der physikalischen, chemischen und biologischen Bedingungen auf der Erde angewiesen und von ihnen abhängig. Die Art und Weise, wie die Wirtschaft funktioniert, gefährdet jedoch diese Stabilität. Ausserdem wird geschätzt, dass die Kosten des Nichthandelns in Zukunft zwischen 5 und 20 Prozent des globalen BIP (Bruttoinlandprodukt) ausmachen werden, während die Handlungskosten jetzt nur 1 Prozent betragen.